

FREIE SICHT

Die Wirtschaft dreht sich

SIMON SCHMID

Die Vorstellung, wonach das Weltgeschehen in Zyklen verläuft, reicht weit in die Vergangenheit zurück. Auf den Sommer folgt der Winter, auf den Winter der Sommer – nach sieben fetten Jahren kommen sieben magere Jahre. Im Lauf der Geschichte festigte sich die Idee wiederkehrender Zyklen. Abwechselnde Konjunktur-Booms und Krisen waren über weite Strecken des 19. und 20. Jahrhunderts fester Bestandteil der industriellen Wirtschaftswelt.



Erstaunlicherweise kommt die Kreisbewegung in den Wirtschaftswissenschaften kaum vor. Eine der wichtigsten Theorien, auf der moderne Rechenmodelle aufbauen, nennt sich zwar «Theorie realer Konjunkturzyklen». Allerdings anerkennt diese Theorie die Existenz von tiefgreifenden Wellenbewegungen gerade nicht: Konjunkturschwankungen werden als Folge von «realen» Veränderungen verstanden, etwa bei der Technologie oder der Verfügbarkeit von Rohstoffen. So steht im Herzen der modernen Makroökonomie nicht die Idee des Zyklus, sondern jene des «Schocks». Dabei gehen Volkswirte von der Existenz eines Gleichgewichts aus und kalkulieren, wie stark ein bestimmter Schock – zum Beispiel eine unerwartete Ände-

«Leben wir in einer Welt der Schocks oder in einer Welt der Zyklen?»

Der Grund für Kesslers Verdruss: Ab 1. Januar 2018 sollten auch grosse ausländische Online-Händler wie Amazon für das Schweizer Geschäft die Mehrwertsteuer an den Bund abliefern müssen – wie Schweizer Anbieter auch. So beschloss es das Parlament im letzten Jahr. Doch jetzt hat das Finanzdepartement die Einführung der Regelung kleinlaut um ein Jahr nach hinten verschoben – und damit den Groll der Schweizer Händler auf sich gezogen: «Seit Jahren kämpfen wir dafür, dass der Bund den systematischen Steuerumgehungspraktiken der grossen ausländischen Online-Händler einen Riegel schiebt», sagt Kessler. Jetzt gehe die Benachteiligung wegen der Verwalter in Bern weiter.

Das ist bemerkenswert. Zumal die Idee, dass sich Expansionen und Rezessionen zwangsläufig abwechseln, tief in der Wirtschaftssprache verankert ist. Die amerikanische Wirtschaft sei im Zyklus bereits weit fortgeschritten, heisst es etwa: Somit sei es nur eine Frage der Zeit, bis die US-Notenbank die Zügel anziehe. Oder, nach einer anderen Ansicht, von einer Straffung gerade deshalb absehe, weil die Konjunktur ihren Zenit im Grunde schon überschritten habe. In Europa sei der Zyklus in einem früheren Stadium, war zuletzt auch zu hören: Nach den Zerwürfnissen der Euro-Krise sei auf dem Alten Kontinent deshalb mit anhaltendem Aufschwung zu rechnen.

Was stimmt? Leben wir in einer Welt der Schocks oder in einer Welt der Zyklen? Beantworten lässt sich die Frage nicht. Als Heuristik taugt der Zyklus aber allemal. Er erinnert uns daran, dass die Jahre 2009 bis 2014 auf dem Immobilienmarkt aussergewöhnlich waren. Die schweizerischen Bauinvestitionen schnellten in dieser Zeit um rund 5 Prozent pro Jahr in die Höhe. Auch der Privatkonsum verlief in den frühen zehner Jahren robust, was viele Beobachter überrascht hat. Ebenso wenig überraschend wäre vor diesem Hintergrund, wenn das Wirtschaftswachstum in nächster Zeit moderater ausfallen würde. Sich den Zyklus in Erinnerung zu rufen, ist nie ganz falsch.

In dieser Kolumne schreiben im Wechsel «Handelszeitung»-Chefökonom Simon Schmid, «Handelszeitung»-Autor Urs Paul Engeler sowie Reiner Eichenberger, Professor für Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg.

FREIE SICHT

Alle Kolumnenbeiträge im Internet: handelszeitung.ch/freiesicht



Amazon-Päckli: Schweizer Händler bleiben gegenüber dem Online-Riesen für ein weiteres Jahr steuerlich benachteiligt.

Das Millionengeschenk

Online-Handel Die Steuerpflicht für Amazon und Co. verzögert sich. Das sorgt für rote Köpfe.

DAVID VONPLON

Venezuela, Russland und Timbuktu. Da sollen solche Sachen vorkommen. Aber in der Schweiz? Für Patrick Kessler, Präsident des Verbands des Schweizerischen Versandhandels, ist die Eidgenossenschaft auf dem Weg zur Bananenrepublik.

Der Grund für Kesslers Verdruss: Ab 1. Januar 2018 sollten auch grosse ausländische Online-Händler wie Amazon für das Schweizer Geschäft die Mehrwertsteuer an den Bund abliefern müssen – wie Schweizer Anbieter auch. So beschloss es das Parlament im letzten Jahr. Doch jetzt hat das Finanzdepartement die Einführung der Regelung kleinlaut um ein Jahr nach hinten verschoben – und damit den Groll der Schweizer Händler auf sich gezogen: «Seit Jahren kämpfen wir dafür, dass der Bund den systematischen Steuerumgehungspraktiken der grossen ausländischen Online-Händler einen Riegel schiebt», sagt Kessler. Jetzt gehe die Benachteiligung wegen der Verwalter in Bern weiter.

Post: «Massives Inkassoproblem»

Für die Schweizer Händler kommt die Verzögerung zur Unzeit. Die Einkäufe von Schweizer Konsumenten bei ausländischen Online-Warenhäusern wachsen enorm und haben sich seit 2013 verdoppelt. Wachstumstreiber sind chinesische Portale wie Aliexpress und Gearbest: Fast jede dritte Sendung stammt mittlerweile aus Fernost. Die eingeführte Billigware vernichtet bei den Schweizer Händlern laut Schätzungen Umsätze in

der Höhe von 1 Milliarde Franken – entsprechend energisch drängen sie auf eine Besteuerung der übermächtigen Widersacher aus dem Ausland.

Was die Schweizer Anbieter besonders ärgert: Laut mehreren Quellen wäre mit Amazon einer der grössten Online-Händler bereit gewesen, die neue Versandhandelsregelung anzuwenden – und zwar termingerecht auf den 1. Januar 2018. Dabei rechnen Marktkenner damit, dass allein Amazon inzwischen einen (tiefen) zweistelligen Millionenbetrag an Mehrwertsteuern abliefern müsste. Der Bund selber schätzte vor drei Jahren, dass die Neuregelung ihm zusätzliche Steuereinnahmen von 20 Millionen Franken in die Kasse spült. Tatsächlich dürfte der Ausfall wegen der explosionsartig wachsenden Päckflut deutlich höher liegen.

In der Eidgenössischen Steuerverwaltung (ESTV) schiebt man derweil die Verantwortung für das Debakel auf andere. Zur Verzögerung komme es, weil die Post mehr Zeit für die technische Umsetzung benötige. Doch beim gelben Riesen widerspricht man dieser Darstellung entschieden: Es seien keineswegs Probleme mit der konzerninternen IT, die eine zeitgerechte Umsetzung verunmögliche, vielmehr fehle eine rechtlich gesicherte Grundlage, um die IT-Systeme an die Neuregelung anzupassen.

Mehr noch: Das neue Gesetz beschere dem Unternehmen ein «massives Inkassoproblem».

Grund für den Ärger bei der Post: Das neue Gesetz sieht vor, dass die Postdienstleister die Steuern für den Bund künftig beim Absender eintreiben sollen. Sie schiessen dem Staat die geschuldete Mehrwertsteuer vor und stellen diese dann beim Absender des Pakets in Rechnung. «Zahlt der ausländische Online-Händler nicht, erleidet die Post finanzielle Ausfälle», sagt Sprecher Oliver Flüeler.

Das ist ein durchaus realistisches Szenario: Auf den Kleinsendungen aus Asien fehlt meist eine leserliche Angabe des Absenders – entsprechend schwierig dürfte es sein, die Steuern für den Bund einzutreiben. Bei täglich 30 000 Sendungen aus Fernost geht das finanzielle Risiko für den Bundesbetrieb in die Millionen. Dabei ist mitnichten nur die Post von diesem Problem betroffen: «Für private Dienstleister stellen sich die gleichen Probleme und Risiken wie bei der Post», bestätigt Peter Sutterlütli von KEP&Mail, dem Verband privater Postdienstleister.

Der Bundesbetrieb fordert nun, dass der Bund noch einmal über die Bücher geht: Er soll Aliexpress und Co. gesetzlich dazu verpflichten, ein Zollkonto zu eröffnen, auf dem die Post die vor-

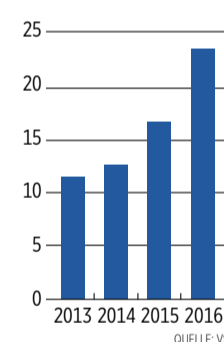
geschossene Mehrwertsteuer belasten kann. «Dazu braucht es eine weitere Gesetzes- oder Verordnungsanpassung», fordert Sprecher Flüeler. Ob die Steuervögte des Bundes dazu bereit sind, ist noch unklar. Man sei der Ansicht, dass keine weitere Gesetzesanpassung nötig sei, erklärt ESTV-Sprecher Joel Weibel. Allerdings wolle man prüfen, ob es eine Verordnungsänderung brauche.

Amazon muss TV-Gebühren zahlen

Derweil äussern Branchenkenner Zweifel, ob sich das Gros der rund tausend ausländischen Online-Händler überhaupt der neuen Steuerpflicht unterwerfen wird. Versandhändler Kessler fordert, dass nicht oder nur mangelhaft deklarierte Waren aus dem Ausland künftig beschlagnahmt werden. Doch aus der Zollverwaltung ist zu vernehmen, dass dafür die gesetzliche Grundlage fehle. Einziges Mittel, um gegen säumige Online-Anbieter vorzugehen, werde die Einführung von Netzsperrungen sein, wie sie das Parlament gegen ausländische Glücksspielportale einführen will. Auch diese könnten allerdings leicht umgangen werden.

Derweil ist bereits das nächste Problem aufgetaucht: Melden sich ausländische Anbieter für die Mehrwertsteuer an und erhalten eine Registrierungsnummer, sind sie verpflichtet, Radio- und TV-Gebühren zu entrichten. Da sich die Höhe der Gebühr am Umsatz bemisst, müssten Amazon und Aliexpress den Höchstbetrag von 40 000 Franken an Billag-Gebühren bezahlen, obwohl ihre Mitarbeiter die SRF-Sender grösstenteils nicht einmal empfangen können.

Verdoppelung in vier Jahren
Importierte Kleinwarensendungen (in Millionen)



Robo-Banker auf dem Vormarsch

Fintech Die Firma True Wealth expandiert. Auch die Bank CIC lanciert einen Robo-Advisor namens CleverCircles.

SVEN MILLISCHER

Deutliche Worte fand Herbert Kumbartzki jüngst am Institut für Finanzdienstleistungen in Zug zur automatisierten Vermögensverwaltung: «Mit einem Robo-Advisor wird sich bald keine hiesige Bank mehr differenzieren. In zwei bis drei Jahren werden alle einen haben», prophezeit der Finanzchef der Basellandschaftlichen Kantonalbank. Die BLKB spannt seit letztem Sommer mit dem Zürcher Robo-Advisor True Wealth zu-

sammen, der von Digtac-Mitgründer Oliver Herren initiiert wurde. Ab Mitte August sollen die Kantonalbank-Kunden von dieser strategischen Partnerschaft profitieren. Dann nämlich lanciert die BLKB ihr Robo-Advisor-Angebot bei ihren über 250 000 Kunden. Bisher konnte True Wealth aus eigener Kraft in gut vier Jahren bloss tausend Kunden gewinnen mit einem durchschnittlichen Anlagevolumen von 50 000 Franken. Nun soll der Rollout bei der BLKB einen Wachstumsschub bringen, wobei sich das Anlageuniversum im Basellbiet etwas unterscheidet vom True-Wealth-Standardangebot: «Wir werden auch nachhaltige ETF offerieren», kündigt Kumbartzki an.

Während die BLKB im Sommer mit einem Robo-Advisor an den Start geht, kommt die Basler Bank CIC erst Anfang

2018. Dafür verspricht Robo-Leiter Sebastian Comment echte Innovation: «Mit CleverCircles bauen wir den ersten Multi-Advisor, der die Effizienz von Maschinen mit der Intelligenz vieler Menschen kombiniert.»

Kommunen-Banking mit CleverCircles

Konkret verbindet CleverCircles die typischen Merkmale eines Robo-Advisors wie passive, kostengünstige Anlagen (ETF, Indexfonds) beziehungsweise eine regelmässige Neugewichtung nach Massgabe der Anlagestrategie mit den Elementen des «social forecasting». Dazu kann der Anleger persönlich gewichtet auf die Investment-Meinung anderer Menschen und Gruppen zurückgreifen und diese in den taktischen Anlageentscheid miteinfließen lassen. Beispielsweise kann die

CleverCircles-Investorin ihrem Ehemann einen Stimmanteil von 30 Prozent gewähren, dem Anlagechef der Bank 20 Prozent und so weiter. Dabei holt der neuartige Robo-Advisor zweimonatlich mittels Handy-App über eine Kurzumfrage das grundlegende «Sentiment» ein und destilliert daraus Anlageentscheide. Sebastian Comment betont, dass man die «Weisheit der vielen» über einen «Gamification»-Ansatz einholen will: «Finanzthemen dürfen auch Spass machen.»

Was die beiden Robo-Advisors CleverCircles und True Wealth eint, ist das Bemühen um zusätzliche Partnerbanken, welche als «White Label» die Lösung übernehmen. BLKB-Finanzier Kumbartzki sagt: «Es ergibt schlicht keinen Sinn, wenn jede Bank eine eigene Robo-Advisor-Lösung baut.»